

1623i/114

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
Zl. 503.03.02/228-II.1/95

Parlamentarische Anfrage 1782  
von Dr. Haider betreffend  
Österreichs Beziehungen zur NATO

Wien, am 13. September 1995

XIX.GP.-NR

1777 /AB

1995 -09- 14

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

20

1782/J

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten Dr. Haider, Mag. Stadler und Kollegen haben am 14. Juli 1995 unter der Nummer 1782/J-NR-1995 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Österreichs Beziehungen zur NATO gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

1. Welche Schlüsse hat die Bundesregierung auf Grund der nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Diktaturen in Osteuropa geänderten sicherheitspolitischen Situation Österreichs gezogen und in welchen konkreten Handlungen haben diese ihren Niederschlag gefunden?
  
2. Teilen Sie die Auffassung von Nationalratspräsident Fischer, der bei einem Auslandsaufenthalt erklärte, die Formulierung "immerwährende Neutralität" bedeute nicht deren Unabänderbarkeit (vgl. Presse vom 7. Juni 1995, Seite 4)?  
Wenn ja, inwiefern?  
Wenn nein, warum nicht?
  
3. Beabsichtigen Sie, die bisherige Neutralitätspolitik Österreichs in ihren Kernelementen im wesentlichen unverändert fortzuführen?  
Wenn ja, warum?  
Wenn nein, in welchen Bereichen planen sie Änderungen?
  
4. Beabsichtigen Sie, der Bundesregierung Änderungen des Neutralitätsrechtes vorzuschlagen?  
Wenn ja, welche?  
Wenn nein, warum nicht?

- 2 -

5. Sind Sie der Auffassung, daß Österreich in der Vergangenheit seinen verfassungs- und völkerrechtlichen Verpflichtungen als neutraler Staat immer vollinhaltlich nachgekommen ist?  
Wenn ja, warum?  
Wenn nein, warum nicht?
6. Anlässlich eines Besuches in Spanien hat der Bundeskanzler gegenüber der Tageszeitung "El País" auf die Frage, ob Österreich bereit sei, der WEU beizutreten, erklärt: "Ja. Im Prinzip sind wir bereit, uns einzugliedern." Teilen Sie diese Auffassung und werden Sie in der nächsten Zeit der Bundesregierung dieser Erklärung entsprechende Schritte vorschlagen?  
Wenn ja, welche?  
Wenn nein, warum nicht?
7. Im gleichen Interview hat der Bundeskanzler eine Mitgliedschaft in der NATO erstmals nicht mehr ausgeschlossen, sondern lediglich derzeit als verfrüht bezeichnet. Teilen Sie diese Auffassung und halten Sie auf Grund dieser Aussage einen NATO-Beitritt Österreichs während der laufenden Gesetzgebungsperiode für möglich?  
Wenn ja, in welchen Bereichen?  
Wenn nein, warum nicht?
8. Können Sie sich kurzfristig neben der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden eine engere Zusammenarbeit mit der NATO vorstellen?  
Wenn ja, in welchen Bereichen?  
Wenn nein, warum nicht?
9. Beabsichtigen Sie, der Bundesregierung eine weitere Änderung des Entsendegesetzes vorzuschlagen, um Österreich auch die Teilnahme an Missionen der WEU oder der NATO, z.B. im humanitären Bereich, zu ermöglichen?  
Wenn ja, welche Änderungen sind konkret geplant?  
Wenn nein, warum nicht?

- 3 -

Ich beeohre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Wie die Bundesregierung in den "Leitlinien zu den voraussichtlichen Themen der Regierungskonferenz 1996" dargelegt hat, hat das geänderte sicherheitspolitische Umfeld die Notwendigkeit für eine umfassende Konzeption von Sicherheitspolitik, die sowohl den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen, als auch den politischen und militärischen Dimensionen heutiger Problemstellungen gerecht wird, noch erhöht. Dem erweiterten Spektrum der Sicherheitsprobleme muß ein ebenso umfassendes Instrumentarium entgegengestellt werden. Österreich ist bereit, an der Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheitsstrukturen innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus aktiv und solidarisch mitzuwirken.

Dabei geht Österreich davon aus, daß die europäische Sicherheitspolitik auf längere Sicht gesehen auf einem möglichst effizienten Zusammenwirken der in Europa bestehenden Institutionen und Organisationen beruhen wird. Österreich hat diesem Umstand in erster Linie durch den Beitritt zur Europäischen Union, aber auch durch den Beitritt zur WEU als Beobachter mit 1. Jänner 1995 und der Annahme der Einladung zur Teilnahme an der NATO-Partnerschaft für den Frieden am 10. Februar 1995 Rechnung getragen.

Zu Frage 2:

Die Kommentierung von Äußerungen des Präsidenten des Nationalrates ist kein Gegenstand der Vollziehung im Sinne des Art. 52 Abs. 1 B-VG. Ich bitte daher um Verständnis, daß ich zu dieser Frage keine Stellungnahme abgeben kann.

**zu den Fragen 3 und 4:**

Österreich bekennt sich nach wie vor zu den rechtlichen Kernelementen der österreichischen Neutralität. Diese Kernelemente - die Nichtteilnahme an Kriegen und die im Neutralitätsgesetz statuierte Verpflichtung, keinen militärischen Bündnissen beizutreten und keine militärischen Stützpunkte zuzulassen - sind durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union nicht berührt worden.

Niemand in der Bundesregierung stellt diesen Kernbestand der österreichischen Neutralität zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo sich die Konturen der künftigen europäischen Sicherheitsstrukturen noch nicht abzeichnen, in Frage.

**Zu Frage 5:**

Österreich hat in der Vergangenheit die aus dem Neutralitätsstatus resultierenden Verpflichtungen stets genau beachtet. In gewisser Hinsicht hat Österreich sogar mehr als das rein rechtlich Gebotene getan, um seinem internationalen Status glaubwürdig zu entsprechen.

**Zu Frage 6:**

Die Regierungsparteien haben bereits in ihrem Koalitionsübereinkommen vom 29. November 1994 erklärt, daß Österreich beabsichtige, an einem sich im Zuge der Regierungskonferenz 1996 ergebenden europäischen Sicherheitssystem, das sich auch aus der WEU entwickeln kann, als vollberechtigtes Mitglied teilzunehmen.

Für die Verwirklichung der Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU - eine Zielsetzung, zu der sich auch Österreich bekennt -, bildet die Regierungskonferenz 1996 eine wichtige Etappe, weil die Konferenz gemäß EU-V den Auftrag hat, diese Zielsetzung auch im Hinblick auf die - 1998 gegebene - Kündigungsmöglichkeit des WEU-Vertrages zu überprüfen.

- 5 -

Nachdem die Beratungen der Regierungskonferenz noch nicht einmal begonnen haben, liegt in dieser Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinerlei Ergebnis vor.

Zu Frage 7:

Wie in Beantwortung zu Frage 1 dargelegt, geht die Bundesregierung davon aus, daß die europäische Sicherheitspolitik auf längere Sicht auf einem Zusammenwirken mehrerer Institutionen und Organisationen (OSZE, EU, WEU, NATO) beruhen wird. Wie sich dieses Zusammenwirken in Zukunft konkret gestalten wird, hängt insbesondere auch vom Ausgang der Regierungskonferenz 1996 ab. Es gilt also auch hier das zu Frage 6 Gesagte, wonach es heute verfrüht wäre, das Ergebnis dieser Beratungen vorwegzunehmen.

Zu Frage 8:

Die Partnerschaft für den Frieden zeichnet sich dadurch aus, daß die Enge der Zusammenarbeit vom jeweiligen Partner bestimmt wird. Die Frage der Zusammenarbeit mit der NATO "neben der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden" stellt sich daher nicht. Österreich hat in seinem Einführungsdokument für die Partnerschaft für den Frieden dargelegt, daß es zu einer Kooperation mit der NATO und anderen Pff-Partnern insbesondere in den Bereichen friedenserhaltende Operationen, humanitäre und Katastophenhilfe sowie Such- und Rettungsdienste bereit ist.

Zu Frage 9:

Derzeit werden auf Beamtenebene vorbereitende Gespräche über eine Novellierung des B-VG vom 30. Juni 1965 über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen geführt. Es wäre aber derzeit gleichfalls verfrüht, zu möglichen Ergebnissen dieser Beratungen Stellung zu nehmen.

Der Bundesminister  
für auswärtige Angelegenheiten:

Holz Klum

BEILAGE

APA248 5 II 0373 WI Siehe APA177/13.09 13.Sep 95  
Finanzen/Budget/Parlament/Nationalrat/Fischer  
Budget: Fischer: Einzelvorschläge nicht öffentlich diskutieren  
Utl.: Für SPÖ wäre Solidarabgabe weiterhin ein gangbarer Weg =

Wien (APA) - Der stellvertretende SPÖ-Chef, Nationalratspräsident Heinz Fischer, hat Mittwoch an die "Akteure der Erstellung des Budgets 1996" appelliert, das Paket der Sozialpartner "nicht in der Öffentlichkeit aufzuschnüren". In einer Pressekonferenz meinte Fischer, eine Diskussion über Einzelpunkte würde nur "den Gusto in anderen Bereichen" erhöhen. Nach dem Konzept der Interessensvertretungen müßte als nächster Punkt "der Gesamtvorschlag der Regierung" kommen. Grundsätzlich ist Fischer optimistisch, daß das Budgetdefizit im kommenden Jahr "deutlich unter 100 Mrd. S" liegen werde. \*\*\*\*

Fischer selbst ging auf Einzelfragen zum Budget nicht konkret ein. Die von Vizekanzler Wolfgang Schüssel aufgestellte Berechnung, wonach es statt der Streichung der Familienbeihilfen ab dem 19. Lebensjahr überlegenswert wäre, Studiengebühren einzuführen, die etwa ein Viertel dieses Jahresbetrages ausmachen könnten, hielt Fischer allerdings für falsch. Bei einer Streichung der Familiengebühren für Studenten müßte zweifellos ein Teil der Einnahmen für eine maßgerechte Abfederung im Bereich der Stipendien aufgewendet werden. Generell sollte es bei der Budgeterstellung thematisch keine Tabus geben. Bemerkenswert an dem Schüssel-Vorschlag ist für Fischer lediglich, daß der ÖVP-Chef erstmals einnahmenseitige Maßnahmen in Erwägung ziehe. Einen entscheidenden Faktor bei der Budgeterstellung stellen für Fischer die Länder dar, die in den Vorschlägen der Sozialpartner mehrfach direkt und indirekt angesprochen worden seien.

Die Abhaltung des SPÖ-Parteitages in der entscheidenden Phase der Budgeterstellung vom 2. bis 4. Oktober hält Fischer für ein "interessantes und mutiges Unterfangen". In den rund 200 Anträgen seien teilweise "sehr pointierte Empfehlungen" enthalten. Unabhängig von den Vorschlägen lasse sich durchgehend das "Grundanliegen der sozialen Gerechtigkeit und Symmetrie" erkennen. Ein umfassender Leitantrag des Bundesparteivorstandes werde die Schwerpunkte der Anträge mitberücksichtigen und voraussichtlich klarstellen, daß sich "an der Beschußlage der SPÖ zugunsten einer Solidarabgabe nichts geändert hat". Habe sich doch der SPÖ-Bundesparteivorstand im Jänner fast ohne Gegenstimme für eine Solidarabgabe ausgesprochen, weil sie am ehesten dem "Prinzip der gerechten Lastenverteilung" entspreche. Die soziale Sensibilität ist aus der Sicht Fischers bei der SPÖ "stärker entwickelt als beim Koalitionspartner".

Fischer unterstrich, daß für die SPÖ die Solidarabgabe "kein Selbstzweck ist und die SPÖ ist auch keine Steuererhöhungspartei". Könnte eine Senkung des Budgetdefizits auf unter 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ohne Belastungen erreicht werden, dann wären die SPÖ-Verantwortlichen "die glücklichsten Menschen".

(Schluß) sa/sm